

Regierungsratsbeschluss

vom 14. Dezember 2021

Nr. 2021/1882

Vernehmlassung zur Änderung des Umweltschutzgesetzes Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 8. September 2021 gelangt die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierungen und ersucht sie um Stellungnahme zur Änderung des Umweltschutzgesetzes.

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Departement des Innern, das Amt für Umwelt und das Amt für Raumplanung zum vorliegenden Gesetzesentwurf geäußert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Änderung des Umweltschutzgesetzes an das Bundesamt für Umwelt BAFU beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU vom 14. Dezember 2021

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (ZG, CB) (2)
Amt für Raumplanung
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Landwirtschaft
Departement des Innern
Polizei Kanton Solothurn, Werkhofstrasse 33
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)